

Schwierige Landrückgabe

Die Umsetzung des Agrarabkommens ist zentral für Kolumbiens Frieden. Seite 2



Dürftige Bilanz

Die britische Regierungschefin May ist seit einem Jahr im Amt. Seite 7

Packender Thriller

Ken Dukens Film »Berlin Falling« sät Terror-Skepsis. Seite 15

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 13. Juli 2017

72. Jahrgang/Nr. 161

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Einträgliche »Hilfe«

Tom Strohschneider über Gewinne aus den Krediten an Griechenland

Über 1,3 Milliarden Euro Gewinn hat die Bundesregierung mit den Krediten an Griechenland gemacht. Dass solche Zinserträge anfallen, ist für sich genommen erst einmal kein Problem. Wer Geld verleiht, bekommt dafür im Gegenzug etwas. Der springende Punkt ist ein anderer: Es widerspricht nicht nur »im moralischen Sinne« der Solidarität, wie die Grünen nun beklagen, dass Berlin auch noch Profit aus der Krise Griechenlands zieht.

Das Kreditregime, in dem Griechenland seit Jahren gefangen gehalten wird, lässt sich auch in einem ökonomischen Sinne nicht als »Hilfe« bezeichnen. Anfangs floss viel Geld aus den Krediten für Griechenland in den Finanzsektor, um Banken zu retten. Später floss viel Geld aus neuen Krediten in die Begleichung alter Verbindlichkeiten. Die Auflagen, die Athen für die Gelder akzeptieren musste, blockierten die ökonomische Stabilisierung, weil sie vor allem auf Kürzungen setzen, damit die Nachfrage und so die Steuereinnahmen schwächen. Von den gravierenden sozialen Folgen dieses Kurses ganz zu schweigen.

Es wäre das Mindeste, die deutschen Zinsgewinne an Athen weiterzuleihen, die aus dem EZB-Programm zum Ankauf griechischer Anleihen anfallen. Viel besser wäre es, wenn auf europäischer Ebene endlich eine Gesamtlösung für die Schulden gefunden würde, die nicht nur Griechenland belasten. Doch ist damit zu rechnen? Erst, wenn in Berlin eine andere Haltung zur Solidarität regiert.

UNTEN LINKS

Seine Meinung, **Hamburg** sei »ein guter Ort« für ein gigantomanisches Weltherrschertreffen, hat Olaf Scholz inzwischen relativiert. Macht nichts. Selbst Goethe, die Nummer 1 in der G20 der deutschen Weltliteratur, konnte schließlich irren: »Über allen Gipfeln ist Ruh«, schrieb er 1780 an die Wand eines Holzhäuschens im Thüringer Wald. Ebenfalls in einer winzigen Blockhütte, einer selbst gebauten, notierte ein paar Jahrzehnte später Henry David Thoreau seine Erlebnisse als Einsiedler. Beide, Goethe und Thoreau, dessen 200. Geburtstag Freunde der neuen »Landlust« gerade feiern, hatten sich in die zivilisationsnahe Wildnis zurückgezogen – der Deutsche für eine Nacht, der Amerikaner für zwei Jahre –, »um dem Wüste des Städtgens, den Klagen, den Verlangen, der Unverbesserlichen Verworrenheit der Menschen auszuweichen« (Goethe). Den nächsten G20-Gipfel tief im Gehölz abzuhalten, scheint dennoch nicht ratsam. Stellen Sie sich nur mal die Bilder vor! *mha*

Der Tod liegt auf der Straße

Die Tour de France hält die Erinnerung an ihr erstes Dopingopfer klein



Berlin. Tom Simpson fährt noch tiefer über sein Rad gebeugt als sonst. Schon bald fängt er an, quer über die Straße zu fahren. Dann fällt er vom Rad. Er lässt sich von Zuschauern am Straßenrand noch einmal anschieben, bevor er komplett kollabiert. Die Hitze am Mont Ventoux und eine Durchfallerkrankung haben ihn geschwächt, die Aufputschmittel in seinem Körper tun ihr Übriges. Simpson stirbt an jenem 13. Juli 1967 kurz vor dem Etappenziel der Tour de France. Zwei Jahre zuvor war er noch Weltmeister geworden, nun ist er der erste Dopingtote des größten Radrennens der Welt.

An diesem Donnerstag jährt sich das Unglück zum 50. Mal, doch ein offizielles Gedenken ist im Alltag der diesjährigen Tour nicht vorgesehen. Die Show muss weitergehen. Schon am Tag nach Simpsons Tod hatten die Kollegen bei einer Gedenkmminute zwar um ihn geweint, doch Tourdirektor Jacques Goddet verkündete: »Überall sterben Menschen, nicht nur im Radsport. Die Tour geht weiter!«

Zum Innehalten bleibt keine Zeit. Doping wird ohnehin nicht gern thematisiert bei der Frankreichrundfahrt. Sind doch alles alte Geschichten! Dabei war Simpsons Tod eine Zäsur. Erstmals bekamen die Sportfans einen Hinweis auf die Gefahren und die riesigen Ausmaße des Dopingmissbrauchs im Sport. Schon wenige Wochen später wurden gedopte Fahrer mit Geldstrafen belegt oder für Monate ganz aus dem Verkehr gezogen. Der Weltverband führte erste Verbotlisten ein. Die Amphetamine, die dem Briten zum Verhängnis geworden waren, standen auch darauf. Gedopt wurde freilich weiter.

In den kommenden Tagen führt die Tour de France in die Berge der Pyrenäen. Es soll wieder heiß werden. Dass alle Fahrer diese Strapazen sauber angehen werden, ist nicht zu erwarten. *ok* Seite 3

Foto: AFP

Rechtsradikale im Roten Meer

Sogenannte Identitäre haben ein Schiff gechartert, um sich Libyens Küstenwache anzudienen

Rassistische Aktivisten bewegen sich derzeit auf einem Schiff von Dschibuti ins Mittelmeer, um dort Flüchtlinge abzuwehren zu helfen. Sie könnten sich in ein Dilemma manövrieren.

Von Velten Schäfer

Eines hat die Aktion bereits gebracht: Schlagzeilen wie »Schiff der identitären Bewegung auf dem Weg zu Einsatz vor libyscher Küste«. So betitelte die Agentur AFP am Mittwoch einen Bericht über jene deutschen, französischen und italienischen Rechtsradikalen, die in Dschibuti das Schiff »C-Star« gechartert haben wollen, um im Mittelmeer die Rettung von Bootsflüchtlingen durch Nichtregierungsorganisationen zu behindern.

Bereits im Mai hatten rechtsradikale Aktivisten im sizilianischen Hafen Catania ein Rettungsschiff am Auslaufen zu hindern versucht, bis die Hafenbe-

hörde einschritt. Anschließend starteten sie eine Spendensammlung im Internet, die – obwohl nach Hinweisen vom Bezahlendienst Paypal zunächst gestoppt –, mehr als 50 000 Euro in Bitcoins einspielte.

Laut der Internetseite »MarineTraffic«, die das Verfolgen von Schiffspositionen ermöglicht, bewegt sich die C-Star derzeit im Roten Meer. Zunächst soll das Schiff, das rund 30 Personen aufnehmen könne, den Suezkanal durchfahren und Sizilien anlaufen, um »Aktivisten« zusteigen zu lassen. Dann soll die »Rettung Europas« beginnen.

Wie die Anti-Retter konkret vorzugehen gedenken, bleibt indes vage. »Wir stellen uns ihren Booten in den Weg und verteidigen Europa!«, tönen sie in Richtung der Rettungsinitiativen, denen sie Kollaboration mit »Schleppern« und eine Beteiligung am »Einwanderungsgeschäft« nachsagen.

Während dies einige Anhänger wörtlich nehmen und im Internet zu Verbrechen aufrufen – »Rammen!« – klingt man an anderer Stelle zurückhaltender: Man werde »Menschen selbstverständlich retten«, wenn man »ein Notsig-

»Jeder Person, die auf See in Lebensgefahr angetroffen wird, (ist) Hilfe zu leisten.«

Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen

nal« empfangen. Doch wolle man dann »alles tun, damit sie an die afrikanische Küste zurückgebracht werden«. Zudem kündigen die Retter Europas an, dann Flüchtlingsboote »konsequent« zu versenken. Zur Hauptsache will man freilich »vor libysche Gewässer« fahren und der »Küstenwa-

che unsere Hilfe« anbieten: »Wir überwachen die Aktivitäten der NGOs, hören alle Funksprüche ab und dokumentieren mögliche Zusammenarbeit mit den Schleppern. Wir alarmieren die Küstenwache, wenn sie in ihre Hoheitsgewässer geraten, und greifen ein, wenn etwas Illegales geschieht.«

Alle Schiffe sind nach dem Seerechtsübereinkommen der UN verpflichtet, Bootsflüchtlingen »Hilfe zu leisten«. Wie man diese nach Libyen bringen will, bleibt so offen wie die Frage, ob die rudimentäre Küstenwache des zerfallenden Staates über diese Form der Unterstützung sehr begeistert sein wird. Es ist nicht undenkbar, dass sich die rechten Seefahrer geradewegs in das Dilemma manövrieren, entweder das Seerecht mörderisch zu verletzen oder selbst Flüchtlinge nach Europa bringen zu helfen. Sie mögen das alles für ein Abenteuer halten. Das ist auf See so unverantwortlich, wie die ganze Aktion zynisch ist.

Olaf Scholz entschuldigt sich

Offene Fragen nach dem Ausschluss von Journalisten vom G20-Gipfel

Berlin. Der Bund beteiligt sich zur Hälfte an den Kosten für Entschädigungen nach den Krawallen rund um den G20-Gipfel in Hamburg. Wie das Bundesfinanzministerium am Mittwoch bestätigte, stehe eine Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und der Stadt Hamburg vor dem Abschluss. Die Hansestadt soll eine Ansprechstelle einrichten.

Der politische Disput nach dem Gipfel findet hingegen kein Ende. Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) warf der Union »ein bisher nicht gekanntes Maß an Verlogenheit« vor. Wer den Rückzug des Hamburger Bürgermeisters Olaf Scholz (SPD) fordere, der müsse auch Merkels Rücktritt verlangen. Die CSU kritisierte das als »flegelhaften Tiefschlag«. Scholz entschuldigte sich vor der Hamburger Bürgerschaft für das Chaos am Rande des Gipfels. Auch der Ausschluss von über 30 Journalisten bleibt Gegenstand politischen Streits. Der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir verlangte Aufklärung von der Bundesregierung, vor allem über eine mögliche Zusammenarbeit mit der Türkei. *dpa/nd* Seiten 4 und 5

Lukrative Kredite an Griechenland

Grüne: Deutschland erzielte bisher Gewinne von 1,34 Milliarden Euro

Berlin. Deutschland hat nach Einschätzung der Grünen mit den finanziellen Hilfsaktionen für Griechenland Gewinne im Umfang von etwa 1,34 Milliarden Euro gemacht. Das geht aus Antworten des Bundesfinanzministeriums auf Fragen der Grünen im Bundestag hervor. Laut Auswertung der Angaben wurden seit 2010 im Bundeshaushalt 393 Millionen Euro an Zinsgewinnen aus dem bilateralen Kredit über die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau verbucht. Hinzu kommen demnach 952 Millionen Euro an Zinsgewinnen aus dem Programm zum Ankauf von Staatsanleihen der Europäischen Zentralbank. »Die Zinsgewinne müssen endlich an Griechenland ausgezahlt werden«, forderte der Europapolitiker der Grünen, Manuel Sarrazin, in der »Süddeutschen Zeitung«.

Derweil hat die EU-Kommission dem Ministerrat die Einstellung des Defizitverfahrens gegen Griechenland empfohlen. Die Regierung hatte mit extremen Kürzungen einen Überschuss im Haushalt von 0,7 Prozent im vergangenen Jahr erzielt. *Agenturen/nd*

Antarktis-Schelfeis wird zum Eisberg

Eine Billion Tonnen schwerer Koloss treibt Richtung Norden

Bremerhaven. In der Westantarktis hat sich ein gigantischer Eisberg, etwa doppelt so groß wie das Saarland, vom Schelfeis gelöst. Das teilte das Bremerhavener Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung am Mittwoch mit. Der über eine Billion Tonnen schwere und 5800 Quadratkilometer große Koloss treibe nun nach Norden und werde wohl zwei, drei Jahre brauchen, bis er geschmolzen sei. Er ist mit 175 Kilometern Länge und einer Breite von bis zu 50 Kilometern einer der größten Eisberge, die Forscher in den vergangenen drei Jahrzehnten registriert haben.

Der Koloss war bislang Teil vom Larsen-C-Schelfeis südlich von Südamerika. Schelfeis schwimmt auf dem Meer und wird von großen Gletschern gespeist. »Die Pole sind die Alarmanlage des Weltklimas«, kommentierte Greenpeace-Experte Karsten Smid. »Das nun abgebrochene Eisschelf, das dritte innerhalb der vergangenen Jahre, warnt eindringlich vor den wachsenden Risiken durch die steigenden Temperaturen.« *nd/dpa* Seite 20

ISSN 0323-3375



4 198652 501709